

Reform der **Immigrationsgesetzgebung** noch vor der Sommerpause angestrebt

„Zuwanderung ist reale Notwendigkeit“

Léon Marx

Das neue Einwanderungsgesetz soll noch vor der Sommerpause durchs Parlament. Das jedenfalls wünscht sich Minister Nicolas Schmit. Er war am Dienstagabend Gast einer Diskussionsrunde in der Handelskammer. Einer Runde, bei der es streckenweise recht heftig herging.

Die freie Aussprache war kurz, aber außergewöhnlich heftig. „Wir steuern darauf zu, dass die Luxemburger sich demnächst in ihrem eigenen Land integrieren müssen“, hatte einer der Zuhörer kritisch angemerkt. Und damit den Zorn der Podiumsredner auf sich gezogen. Aus dem Saal hingegen gab es eher betroffen-peinliches Schweigen.

Insbesondere Jean-Jacques Rommes, Direktor der ABBL („Association des banques et banquiers“), ließ keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer offenen Zuwanderungspolitik aufkommen. „Immigration wird für Luxemburg in Zukunft keine Option, sondern eine Notwendigkeit sein“, betonte er. Das Reservoir an hochqualifiziertem Personal sei nicht nur in Luxemburg, sondern auch in der Großregion weitgehend ausgeschöpft.

Mit rund drei Prozent Bürgern aus Drittländern sei die luxemburgische Situation derzeit noch mit der in anderen EU-Ländern vergleichbar, notierte Minister Nicolas Schmit. Aber der Trend sei klar. „Die Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern steigt schnell an, jährlich um 3 bis 5 Prozent.“ Das Land müsse sich für die Zukunft auf eine verstärkte Immigration aus Nicht-EU-Ländern vorbereiten. Die Gesetzgebung aus dem Jahr 1972 sei einfach nicht mehr an die heutige Realität angepasst.

Schmit verteidigt aber auch die



Foto: Fabrizio Pizzolante

Direktor Pierre Gramegna (l.) im Gespräch mit Minister Nicolas Schmit

schärferen Sanktionen gegen die illegale Immigration. Die sei der zentrale Grund dafür, dass die Immigration als solche von den Bürgern skeptisch gesehen werde.

Das neue Immigrationsgesetz sieht für Zuwanderer aus Drittländern über ein Dutzend verschiedene Regelungen vor. Am niedrigsten liegen die Hürden dabei für hochqualifizierte Fachkräfte, die mindestens den dreifachen Mindestlohn verdienen. Sie bekommen direkt eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltsgenehmigung. Im Regelfall wird eine erste Aufenthaltsgenehmigung nur für ein Jahr ausgestellt.

Dass die Immigranten die Absicht hätten, den öffentlichen Dienst zu stürmen, sei eine Legende. So laufe die Diskussion in der Praxis nicht, betonte Antonio Montserrat, Präsident des CLAE

(„Comité de liaison et d'action des étrangers“). Einen breiten Konsens gab es an diesem Dienstagabend unter den Podiumsrednern, dass die derzeitige Situation mit dem öffentlichen Dienst als eine Art letztes Refugium der Luxemburger extrem bedauerlich ist. „Wäre es nicht gesünder, eine sichtbare Proportion von Luxemburgern in der Wirtschaft zu behalten und dafür eine genauso sichtbare Proportion von Ausländern in den öffentlichen Dienst zu lassen?“, fragte Jean-Jacques Rommes.

Dass das Problem allein über den Weg der mehrfachen Nationalität zu lösen sei, hält Minister Nicolas Schmit für eine Illusion. Allein schon juristisch sei diese Argumentation nicht haltbar. Luxemburg müsse seinen öffentlichen Dienst aufgrund der gelten-

den Direktiven für EU-Bürger öffnen. Eine Position, die der Vertreter des CLAE voll unterstützte. Dass Luxemburg mit der Umsetzung von einzelnen Direktiven in Verzug sei, hält Montserrat für eine bewusste Verzögerungspolitik. Leider, wie er ergänzte. Die Reform der Immigrationsgesetzgebung komme 35 Jahre zu spät.

Auch der Präsident der Handelskammer, Michel Wurth, sieht die Immigration als Chance, als „Katalysator in den Bereichen Innovation, Forschung und Entwicklung“. Es gebe einfach zu wenig hochqualifizierte Beschäftigte in Luxemburg. Wurth wirft sogar die Frage auf, ob durch den ausgeprägten Wunsch nach gesellschaftlicher Integration die Immigration nicht an Elan verlieren könnte.